

Politische Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Beatrice Bürgler, Christian Graf

Zusammenfassung: Politische Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung zeigen sowohl bezüglich ihrer Bildungsanliegen als auch den damit verbundenen zu fördernden Kompetenzen Gemeinsamkeiten. Im Sinne einer Stärkung der beiden Disziplinen gilt es diese jedoch zu benennen und damit auch die Unterschiede zu klären. Der vorliegende Artikel beleuchtet diese Frage in drei Schritten: Zunächst werden Bildungsanliegen und Kompetenzen einander gegenüber gestellt. Sodann werden zwei mögliche Zugänge des politischen Lernens im Rahmen von Bildung für Nachhaltige Entwicklung aufgezeigt und es wird abschliessend das Potential einer bewussten Berücksichtigung von Politischer Bildung für Bildung für Nachhaltige Entwicklung erläutert.

Einleitung

Oberstes Ziel der politischen Bildung, verstanden als Demokratie- und Menschenrechtsbildung, ist die politische Mündigkeit des Individuums. Dabei geht es um den Erwerb von Kompetenzen, die für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben in einer Demokratie und die Einforderung und Verteidigung der Menschenrechte unabdingbar sind. Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung, welche ihn befähigt, sich in seiner Einzigartigkeit zu entfalten und in der Gemeinschaft mit anderen ein verantwortungsvolles und erfülltes Leben zu führen. Damit dies gelingt, müssen Kinder und Jugendliche ihre Rechte und Pflichten kennen und befähigt sein, ihre Interessen einbringen zu können.

Bildung soll im Grundsatz dazu beitragen, sich in der Welt zu orientieren, sie wahrzunehmen, zu verstehen, zu reflektieren und sich aktiv an ihrer Ausgestaltung zu beteiligen. Politische Bildung gehört damit zum Grundauftrag der Volksschule. Das «Recht auf Bildung» kommt im Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 explizit zum Ausdruck. Die UNO-Kinderrechtskonvention von 1989, die von der Schweiz 1997 ratifiziert worden ist, hält im Artikel 28 (Recht auf Bildung) und Artikel 29 (Bildungsziele) fest, dass der Zugang zur Bildung gewährleistet und die Art der Bildung definiert sein muss. Dabei stellt sich die Frage, an welchen Werten und Normen sich Menschen orientieren, wenn sie danach fragen, wie ein «gutes» Zusammenleben in der Gesellschaft organisiert sein soll und welcher Bildung es dazu bedarf. Die UNO-Kinderrechtskonvention hält dazu weiter fest, dass Kinder ein Recht haben, sich zu informieren, gehört zu werden und sich zu versammeln (Art. 12, 13, 15). Die Konzepte von Demokratie und Menschenrechten sind in diesem Zusammenhang als u.a. durch die Menschenrechtskonventionen breit akzeptierte Orientierungsgrößen des 20. und 21. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung. Politische Bildung versteht sich somit auch als ein gesellschaftliches Projekt, welches Individuen mit ihren partikularen Identitäten und Interessen darin unterstützt, zukunftsfähige und gesamtgesellschaftlich tragfähige Formen des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln. Hierbei stellt sich nun die zentrale Frage, welche Vorschläge und Lösungen denn eine zukunftsfähige und gesamtgesellschaftlich tragfähige Form des Zusammenlebens ermöglichen. Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung gibt hierzu eine Antwort. Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) verabschiedete 1987 folgende Definition dazu: «Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen» (IDANE 2012, 8). Seit der Konferenz von Rio 1992 ist Nachhaltige Entwicklung zu einem breit akzeptierten politischen Konzept für tragfähige, gesellschaftliche Lösungen geworden. Die Verknüpfung zwischen Politischer Bildung und der Bildung für Nachhaltige Entwicklung zeigt sich im Grundsatz zunächst aufgrund dieser Ausgangslage, dass Politik

danach fragt, wie Menschen zusammen leben sollen und Nachhaltige Entwicklung auf diese Frage eine spezifische Antwort formuliert. Aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, dass sich Kinder und Jugendliche im Rahmen der Politischen Bildung mit dem Konzept der Nachhaltigen Entwicklung beschäftigen. Auch kann davon ausgegangen werden, dass Bildung für Nachhaltige Entwicklung durch eine explizite Berücksichtigung der politischen Perspektive zur Förderung der politischen Bildung beitragen kann. Der vorliegende Artikel geht der Frage nach, welche Chancen eine solche Beschäftigung aus Sicht der Politischen Bildung mit sich bringt. Dazu werden zunächst die Bildungsziele und Kompetenzen von Politischer Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung einander gegenüber gestellt. Auf dieser Grundlage werden sodann exemplarisch zwei Zugänge des politischen Lernens im Rahmen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung aufgezeigt. Abschliessend wird die Notwendigkeit der politischen Perspektive für eine analytisch fassbare Beschäftigung mit Nachhaltiger Entwicklung erläutert.

Bildungsanliegen und Kompetenzen

Sowohl im Bereich der Politischen Bildung als auch der Bildung für Nachhaltige Entwicklung werden derzeit intensive Diskussionen über die jeweiligen zentralen Bildungsanliegen sowie insbesondere die zu fördernden Kompetenzen geführt. Bildungspolitische Projekte wie die Erarbeitung nationaler Bildungsstandards und sprachregionaler Lehrpläne sowie institutionelle Veränderungen wie die Gründung von *éducation21*¹ als nationaler Fachagentur BNE und der Aufbau des Campus für Demokratie² tragen dazu bei. Traditionell ist Bildung für Nachhaltige Entwicklung stark mit der Umweltbildung verknüpft. Es ist deshalb aktuell insbesondere auch zu klären, in welchem Verhältnis Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu anderen überfachlichen Themen wie der Politischen Bildung steht. Bei der Politischen Bildung stehen vor allem die Anpassung traditioneller Vorstellungen politischen Lernens (Stichwort Staatskunde) an die aktuellen Herausforderungen einer kompetenzorientierten Politischen Bildung sowie die Umsetzung des Fächer verbindenden Anspruchs im Zentrum der Diskussionen. Beide Bildungsbereiche ringen (in bisher meist voneinander losgelöst laufenden Prozessen) um ein breit akzeptiertes Grundverständnis ihrer Bildungsanliegen, auf dessen Basis künftige Bildungsarbeit strukturiert und geplant werden kann. Die Diskussionen über die Sprachregionen hinaus bilden dabei eine besondere Herausforderung.

Normative Bezugsrahmen

Wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Politischer Bildung zu klären, kann zunächst festgehalten werden, dass beide Disziplinen einen normativen Bezugsrahmen haben, dieser sich jedoch bezüglich der Bildungsziele unterschiedlich manifestiert. Politische Bildung bezieht sich bezüglich ihres Bildungsziels auf die Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie sowie den Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Die Prinzipien der Menschenrechte und der Demokratie sind jedoch nicht vom Himmel gefallen. Menschen haben sie sich gegenseitig zugestanden. Demokratische Ordnungen und Menschenrechte sind historisch gewachsen und somit durch die Zeit ihrer Entstehung und Entwicklung sowie die in diesen Zeiten und Räumen lebenden Individuen und ihre Vorstellungen eines gemeinschaftlichen Zusammenlebens geprägt. Demokratie und Menschenrechte sind damit normative Grössen, die es im Rahmen der Politischen Bildung auch zu begründen gilt.

Bei der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist der normative Bezugsrahmen durch die begriffsimmanente Orientierung am Prinzip der Nachhaltigkeit gegeben. Gesellschaftliches Handeln soll sich bewusst an einer bestimmten Zielvorstellung orientieren. Diese ist definiert durch die Berücksichti-

¹ vgl. www.education21.ch

² vgl. www.jugenddebattiert.ch

gung der drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Solidarität innerhalb der heutigen und mit den zukünftigen Generationen (IDANE 2012, 8ff). Auch dieser normative Bezugsrahmen ist nicht gegeben, sondern das Produkt gesellschaftspolitischer Prozesse. Die Begründungsfrage ist daher auch hier zentral und darf im Sinne eines aufgeklärten und demokratischen Umgangs mit der Frage Nachhaltiger Entwicklung nicht vernachlässigt werden.

Währendem der Anspruch eines solidarischen gesellschaftlichen Handelns, verstanden als gleiches Recht für alle, sich sehr stark mit den Anliegen der Menschenrechtsbildung deckt, zeigt sich bezüglich der expliziten Berücksichtigung der drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ein nennenswerter Unterschied zur Politischen Bildung. Politische Bildung definiert die Befähigung zu einer kritischen Analyse und Beurteilung politischer Prozesse sowie ein daraus abgeleitetes begründetes Handeln der Individuen als zentrales Bildungsziel (politische Mündigkeit). Wie die Interessen der handelnden Akteure gelagert sind und worauf sich diese beziehen, wird nicht als normativ wünschenswert definiert, sondern als vorherrschende Macht- und Interessenkonstellation angesehen und analysiert. Politische Bildung hat damit nicht zum Ziel, eine bestimmte Vorstellung bezüglich politischer Lösungen vorzugeben, sondern die Vielfalt politischer Interessen als Konstrukt politischen Handelns wahrzunehmen und gleichzeitig sicher zu stellen, dass politisches Handeln sich an den Prinzipien der prozeduralen Gleichheit orientiert – den Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten.

Das Verständnis dieses Zusammenhangs zwischen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Politischer Bildung ist wichtig um die nachfolgenden Erläuterungen zu möglichen Zugängen politischen Lernens in der Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu verorten.

Kompetenzen – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

«Bildung für Nachhaltige Entwicklung konkretisiert sich mit einem Bündel von Teilkompetenzen, die unter dem Oberbegriff Gestaltungskompetenz zusammengefasst sind» (de Haan 2004, 41). Mit Gestaltungskompetenz wird dabei eine grundlegende Problemlösungs- und Handlungsfähigkeit angesprochen. Dieser Ansatz findet seine Entsprechung auch in der Politischen Bildung, wo von *politischer Entscheidungs- und Handlungskompetenz* gesprochen wird. Darunter werden einerseits die angemessene Vertretung der eigenen Interessen und das Führen von Aushandlungsprozessen verstanden. Andererseits geht es darum, die eigenen Möglichkeiten (und Grenzen) der politischen Partizipation zu erkennen und entsprechend über Handlungsmöglichkeiten zu entscheiden (Gollob et al. 2007, Konzepte, 6). Die Nähe zur Gestaltungskompetenz, wie sie im Rahmen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung definiert wird, zeigt sich auch im folgenden Zitat: «dem Einzelnen (werden) erhebliche Kompetenzen bei der Beteiligung an und Selbstorganisation von Verständigungs- und Entscheidungsprozessen abverlangt» (de Haan 2004, 40).

Aus Sicht de Haans liegt dieser Kompetenz allerdings das Prinzip der Selbstveränderung und des systematischen Mentalitätswandels als Aufgabe des Bildungssystems zugrunde. Diese wiederum soll zu einer gezielten Steuerungspolitik führen, welche Veränderungen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung herbeiführen soll (de Haan 2004, 40). Die *Entscheidungs- und Handlungskompetenz* in der Politischen Bildung fokussiert im Gegensatz dazu nicht auf eine inhaltlich wünschenswerte Lösung. Sie zielt vielmehr darauf ab, die persönlichen Rechte und Pflichten zu kennen und die eigenen Interessen und Überzeugungen in den politischen Aushandlungsprozess einzubringen.

Neben der *politischen Entscheidungs- und Handlungskompetenz* kommt in der Politischen Bildung der *politischen Analyse- und Urteilskompetenz* eine zentrale Rolle zu. Darunter wird verstanden, dass politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen unter Sach- und Werteaspekten analysiert und beurteilt werden können (Gollob et al. 2007, Konzepte, 6). Die *politische Analyse- und Urteilskompetenz* ist mit der politischen Entscheidungs- und Handlungskompetenz eng verknüpft, da politi-

sches Handeln gemäss dem Verständnis der Politischen Bildung stets auf der Basis der Analyse vorherrschender gesellschaftspolitischer Probleme, Kontroversen, Lösungsvorschläge sowie wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen erfolgt. Die Orientierung von Individuen und Gruppen an bestimmten Normen und Werten und daraus resultierende politische Lösungsansätze – wie beispielsweise das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung – wird dabei in den Blick genommen. Sich daraus ergebende Macht- und Interessenkonstellationen werden analysiert und beurteilt. Zentrale politische Konzepte wie Macht, Herrschaft, Knappheit und Interessen werden thematisiert.

Das eigene Handeln wiederum basiert auf dieser Beurteilung oder kann auch als Ausgangspunkt zur Analyse politischen Handelns dienen. Es würde in diesem Zusammenhang also darum gehen, das Konzept Nachhaltige Entwicklung als ein normatives Politikkonzept zu analysieren, seine eigene Position dazu zu klären und sodann entsprechend zu handeln.

Die von de Haan formulierte Kompetenz der Fähigkeit zur Empathie, des Mitleids und der Solidarität (de Haan 2004, 42) zielt auf die Bedeutung der Wertediskussion. Diese hat auch in der Politischen Bildung eine wichtige Bedeutung, fokussiert allerdings stärker auf die Anerkennung der Menschenrechte und demokratischer Verfahrensprinzipien. Auf dieser Basis geht es in der Politischen Bildung darum, seine Interessen einzubringen, Meinungen argumentativ zu vertreten und Mehrheiten zu gewinnen. Das Ziel ist in erster Linie das Finden eines Konsens unter Berücksichtigung der Grundrechte und des Minderheitenschutzes. Die von de Haan genannte Bedeutung der Toleranz, Solidarität, Chancengerechtigkeit und Vielfalt von Lebensentwürfen und -stilen als Elemente eines aktuellen Demokratieverständnisses werden daher aus Sicht der Politischen Bildung nicht ausschliesslich als Argumente für die Unterstützung des Prinzips der Nachhaltigen Entwicklung verstanden, sondern auch als Elemente der Analyse gesellschaftspolitischer Problemstellungen.

Zugänge politischen Lernens

Nachhaltige Entwicklung als Politikkonzept

Die bewusste Wahrnehmung des Prinzips der Nachhaltigen Entwicklung als gesellschaftspolitisches Konstrukt ist aus Sicht der Politischen Bildung zentral. Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung ist nicht nur aufgrund seiner Komplexität und den sich stetig verändernden ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen nicht für alle Zeiten abschliessend definiert, sondern bedarf auch aufgrund der sich wandelnden Interessen und Machtverhältnisse verschiedener Akteure, Institutionen, diskutierender Zirkel und Individuen einer steten politischen Diskussion.

Die Idee der Nachhaltigkeit ist aus der Forstwirtschaft bereits seit dem 18. Jahrhundert bekannt und wurde in der Schweiz im 19. Jahrhundert – nach einer Phase von Überschwemmungen im schweizerischen Mittelland als Folge extremen Holzschlags zur Energiegewinnung für industrielle Zwecke – in den Forstgesetzen von 1876 und 1938 festgeschrieben. «Das revolutionär Neue am Forstpolizeigesetz von 1876 war sein Grundsatz der Nachhaltigkeit: Die Erkenntnis, dass jede Generation Anrecht auf die gleichen Ertragsmöglichkeiten haben soll, dass immer nur die Zinsen – das nachwachsende Holz – genutzt werden dürfen, dass das Kapital – der Holzvorrat – aber unangetastet bleiben soll. Das Forstpolizeigesetz von 1876 war und ist internationales Vorbild» (www.uvek.admin.ch).

In der begrifflichen Zusammensetzung sustainable development – und damit auch in der neuen Bedeutung – taucht der Begriff erstmals in der 1980 veröffentlichten World Conservation Strategy und der vom damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter in Auftrag gegebenen Studie Global 2000 (Time to Act 1980, 137 ff.) auf. Die Schweiz unterzeichnete am UNO-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 die «Agenda 21» als weltweites Aktionsprogramm für Nachhaltige Entwicklung.

Mit der «Agenda 21» wurde Nachhaltige Entwicklung zu einem international breit anerkannten, normativen Politikkonzept. Neben dieser historisch-politisch begründbaren Entwicklung des Konzeptes

der Nachhaltigen Entwicklung, wurde mit der «Agenda 21» auch die Bedeutung der politischen Ausgestaltung und Einflussnahme explizit gemacht. Mit der Ausrichtung auf «gute Regierungsführung» (Good Governance) und «Weltordnungspolitik» (Global Governance) als unabdingbare Voraussetzungen für Nachhaltige Entwicklung wurde die politische Dimension gewissermassen an die Seite der ursprünglichen Zieltrias gesetzt (Brunold 2009, 69). Zudem sollte Nachhaltige Entwicklung eine länderspezifische Implementierung erfahren. Die Schweiz übernahm 1999 als eines der bisher wenigen Länder die Idee der Nachhaltigen Entwicklung in die Verfassung (Bundesverfassung, Artikel 2, Zweck): «Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.»

Die für die Jahre 2005-2014 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen ausgerufenen Weltdekade einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung beabsichtigt, die Auseinandersetzung mit Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Aus Sicht der Politischen Bildung ist die Beschäftigung mit dem Konzept der Nachhaltigen Entwicklung sowohl bezüglich der historisch-politischen Entwicklungsgeschichte als auch bezüglich der aktuellen Bedeutung des durch politische Prozesse geprägten Konzeptes von zentraler Bedeutung. Die kurzen Ausführungen zur Entstehungsgeschichte des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung zeigen sehr schön auf, dass es sich hierbei um einen von verschiedenen Interessen geprägten politischen Prozess handelt, der unter anderen Voraussetzungen auch anders hätte verlaufen können. Normative Politikkonzepte wie Nachhaltige Entwicklung haben eine Begründungsgeschichte, die es zu diskutieren gilt. Die Analyse politischer Prozesse damals und heute gibt Aufschluss über konzeptionelle und inhaltliche Fragen der Nachhaltigen Entwicklung und die damit verbundenen Bildungsanliegen.

Ein erster und wichtiger Beitrag politischen Lernens im Zusammenhang mit Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist daher der politische Blick auf das Konzept Nachhaltige Entwicklung. Die Politische Bildung bietet hierfür die notwendigen Instrumente an, die nach den beteiligten Akteuren, ihren Interessen, den dahinter stehenden Werten und Normen, dem Verlauf des politischen Prozesses sowie den Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer gesetzlicher Grundlagen fragt³. Die so gelagerte Begründungsdiskussion des Konzeptes Nachhaltige Entwicklung könnte die Bildung für Nachhaltige Entwicklung bezüglich ihrer Bildungsanliegen stärken.

Der Politikzyklus als Analyseinstrument

Eine weitere Chance der Beschäftigung mit Politischer Bildung im Rahmen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ergibt sich durch die systematische Analyse politischer Prozesse, bei denen Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung mitspielen.

Die politische Analyse- und Urteilskompetenz spielt dabei eine zentrale Rolle. Durch eine fundierte Analyse und Beurteilung kontrovers geführter politischer Debatten sollen Kinder und Jugendliche zu einer begründeten Handlungskompetenz gelangen, die dem Anspruch der politischen Mündigkeit gerecht wird. Eigene Überzeugungen und Interessen sollen dabei auf der Grundlage der Analyse und Beurteilung politischer Problemstellungen argumentativ formuliert werden. De Haan sieht in diesem Zusammenhang die Fähigkeit «Öffentlichkeit herzustellen und in der Öffentlichkeit die Sache der Nachhaltigkeit zu vertreten» (de Haan 2004, 43) als grundlegende Planungs- und Handlungskompetenz an. Die Politische Bildung erweitert diesen Ansatz insofern, als dass die individuelle Entscheidungs- und Handlungskompetenz stets auch verknüpft ist mit der Analyse und Beurteilung normativer Konzepte aufgrund von Sach- und Werteaspekten. Die «Sache der Nachhaltigkeit» wird

³ Ein mögliches Analyseinstrument – der Politikzyklus – wird hier vorgestellt. Weitere Ausführungen zu methodischen Möglichkeiten finden sich z.B. in Gollub, Rolf et al. (2007): Politik und Demokratie – leben und lernen.

somit nicht als gegebenes Konzept verstanden, sondern soll vielmehr zum Gegenstand der politischen Analyse und Diskussion gemacht werden.

Der in der Politischen Bildung oft verwendete Politikzyklus ist ein geeignetes Instrument zur beschriebenen Analyse und soll hier exemplarisch als ein mögliches Analyseinstrument der Politischen Bildung vorgestellt werden.



Abbildung: Politikzyklus, aus: Profil Online, Schulverlag plus

Einerseits ermöglicht die Arbeit mit dem Politikzyklus die Analyse und Beurteilung vorliegender politischer Prozesse und Debatten. Handlungen und Aussagen politischer Akteure können mit Hilfe der verschiedenen Phasen verortet und bezüglich ihrer dahinter stehenden Interessen, Absichten, Normen und Werten diskutiert werden. Andererseits bietet das Schema das Potenzial, die eigenen Entscheidungen und Handlungen zu analysieren und die individuellen Einflussmöglichkeiten besser abzuschätzen. Politisch bedeutsame Konzepte wie Macht, Herrschaft, Interessen, Mehrheiten, Lobbying etc. bekommen hierbei eine zentrale Bedeutung und können nicht nur als theoretische Konstrukte, sondern auch als ganz reale Dimensionen der politischen Auseinandersetzung verstanden werden. Es geht dabei neben der Bedeutung der individuellen Ebene der Meinungsbildung und Interessenvertretung auch um einen gesamtgesellschaftlichen Prozess der politischen Auseinandersetzung, den es zu beachten gilt.

Brunold (2009, 71) hat diesbezüglich politisch-demokratische «Bürgerkompetenzen» formuliert, die den Zusammenhang der politischen Analyse- und Urteilskompetenz mit der politischen Entscheidungs- und Handlungskompetenz betonen:

- «Die Kompetenz, Formen und Zielkonflikte der politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Werteorientierung und ihrer Interessen zu erkennen, zu beurteilen und danach handeln zu können
- Die Kompetenz zu bürgerschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement in der Demokratie
- Die Kompetenz zu multiperspektivischer Sichtweise globaler Herausforderungen
- Die Kompetenz, Menschen- und Bürgerrechte wahrzunehmen und aktiv vertreten zu können

- Die Fähigkeit zur Verbindung lokaler Erfahrungen und ihrer globalen Zusammenhänge in der Weltgesellschaft
- Die Kompetenz zur Antizipation möglicher Zukunftsrisiken und die Reflexion von individuellen und globalen Handlungsalternativen und ihrer Fernverantwortung
- Die Kompetenz zur Reflexion über medial vermittelte individuelle und kulturelle Leitbilder sowie über Konsum- und Lebensstile als mündiger 'Staats- und Wirtschaftsbürger'»

Die beschriebenen Kompetenzen zeigen einerseits den expliziten Einbezug einer mehrperspektivischen Sichtweise im Sinne einer bewussten Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen, Machtverhältnisse, vorherrschender Normen und Weltansichten. Andererseits werden Interessen- und Wertekonflikte als bestehende Größen wahrgenommen und in den politischen Analyseprozess miteinbezogen. Referenzrahmen bilden stets die Menschenrechte sowie das Prinzip demokratischer Entscheidungsprozesse. Die Kompetenzformulierungen nehmen damit eine spezifisch politische Perspektive ein, wie sie für die Auseinandersetzung mit Nachhaltiger Entwicklung gewinnbringend sein können.

Beitrag der Politischen Bildung zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Die vorangehenden Kapitel haben verschiedene Aspekte des Verhältnisses von Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Politischer Bildung beleuchtet. Der Beitrag der Politischen Bildung zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung kann dabei im Wesentlichen darin gesehen werden, dass die Politische Bildung den Aspekt der politischen Auseinandersetzung hinsichtlich des normativen Konzeptes Nachhaltige Entwicklung explizit zu bearbeiten sucht.

Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung stellt die drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales oft als gleichberechtigte Anteile dar, was der normativen Setzung einer ausgewogenen Berücksichtigung der drei Bereiche entspricht. Unter dem Gesichtspunkt der Politischen Bildung verändert sich die Betrachtung der Gleichberechtigung der drei genannten Aspekte Nachhaltiger Entwicklung insofern, dass die beteiligten Akteure, ihre unterschiedlichen Interessen und Machtpositionen sowie daraus resultierende politische Lösungsansätze verstärkt in den Blick genommen werden. In der Auseinandersetzung mit den betroffenen und beteiligten Akteuren, deren Absichten und Durchsetzungsmöglichkeiten werden die Dimensionen des politischen Prozesses deutlich (vgl. Politikzyklus). Die Anteile der drei Aspekte des Modells für Nachhaltige Entwicklung sind somit nicht einfach gegeben, sondern verändern sich durch politische Prozesse und Entscheidungen stetig (Bürger/Reuschenbach 2011, 3).



Abbildung: Politische Interessenkonstellationen verändern die Anteile der drei Dimensionen des Modells Nachhaltiger Entwicklung

Die Politische Bildung stellt Instrumente zur Verfügung, welche die Analyse und Beurteilung dieser Veränderungen erlauben und damit einen Mehrwert für die Bildung für Nachhaltige Entwicklung bieten können. Ein Mehrwert, der insbesondere darin besteht, die normative Setzung der Nachhaltigen Entwicklung als politisches Konstrukt zu verstehen und dadurch das eigene Handeln fundiert zu begründen. Damit wird politische Mündigkeit, resp. die Fähigkeit selbstbestimmt am gesellschaftlich-politischen Leben zu partizipieren, in dreierlei Hinsicht gefördert: Erstens bezüglich eines verbesserten Verständnisses dessen was «Politik» heisst. Zweitens bezüglich der Fähigkeit, seine Interessen argumentativ zu vertreten und damit zu überzeugen. Und drittens ermöglicht dies auch eine verstärkte Einflussnahme auf den politischen Prozess und erhöht die Chancen, für seine politischen Anliegen Mehrheiten zu gewinnen. Dies gilt auch für das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung.

Quellenangaben

- Barney, G. O., Council on Environmental Quality / US-Aussenministerium (Hrsg.) (1980). *Global 2000. Bericht an den Präsidenten*. Washington:Government Printing Office. Deutsch: Frankfurt am Main, 1980.
- Brunold, A. (2009). Politische Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die UN-Dekade der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. In: GPJE (Hrsg.). *Aktuelle theoretische und empirische Projekte in der Politikdidaktik*. Schwalbach/Ts:Wochenschauverlag. S. 68-83.
- Bürgler, B., Reuschenbach, M. (2011). Pakistan spielt beim Weltfussball mit. Politische Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung am Beispiel Fussballproduktion. In: *geographie heute, Heft 295*. Friedrich in Velber/Klett, S. 22-30.
- De Haan, G. (2004). Politische Bildung für Nachhaltigkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 39-46.
- Gollob, R., Graf, Ch., Bachmann, B., Gattiker, S., Ziegler, B. (2007). *Politik und Demokratie – leben und lernen*. Bern:schulverlag blmv.
- Gollob, R., Graf, Ch., Tardent, J. (2008). Gemeinsam entscheiden. In: *Spuren – Horizonte*. Zürich: Lehrmittelverlag des Kantons Zürich/Bern: Schulverlag.
- Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (IDANE) (Hrsg.) (2012). *Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz – ein Wegweiser*. Bern.

Kontakt: Beatrice Bürgler, PH Zürich, beatrice.buergler@phzh.ch (Version: 26.09.2013)